

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Behauptungen der Amtshauptmannschaft Leipzig

Abonnementpreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn beträgt 5500.— M., bei Selbstabholung 5000.— M. Durch die Post bezogen 4000 M. Einzelnummer 250.— M. — Telefon für Kontor und Expedition: 22721 u. 24506. Telefon für die Inseraten-Abteilung Nr. 22721. **Volkssekretions Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13893. — Verlag in Leipzig,
Tauscher Straße 19/21 — Telephon 24506

Inseratenpreise: Die 10spaltige Kolonelle oder deren Raum 500.— M., bei Platzvorschrift 650.— M.; Familiennachrichten von Privaten, die 10spaltige Kolonelle 200.— M. — Restame-Kolonelle 2000.— M. Schluss der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Rücktritt des belgischen Kabinetts.

Die Demission angenommen.

Br. Paris, 14. Juni. Das belgische Kabinett ist wegen der Frage der Blamierung der Universität Gent zurückgetreten.

Br. Brüssel, 15. Juni. Das belgische Kabinett, das gestern unter dem Vorsitz von Theunis zusammentrat, hat einstimmig festgestellt, daß die Frage der Gent Universität ein Lösung finden müsse und daß die Kammern sich außerstande zeigten, eine solche Klärung unter Mitwirkung der Regierung zu finden. Einstimmig haben die Minister beschlossen, dem König ihre Gesamtdemission zu überreichen.

Br. Brüssel, 15. Juni. Der König hat die Demission des Kabinetts angenommen.

Br. Paris, 15. Juni. Man nimmt an, daß jetzt in Belgien eine aus Flamen und Sozialisten gebildete Regierung ans Ruder kommen werde, deren Tendenz eine ausgesprochen englandfreundliche sein würde.

Das Schwert des Damokles schwebte schon lange gefahrdrohend über den Häuptern Theunis' und Jaspers. Auch die Bevölkerung Belgiens ist zerrissen durch nationalistische Kämpfe. Die Flamen, die den romanischen Teil der Belgien beherrscht, die seit Ende des Krieges den belgischen Staat beherrscht. Die Gegenstände konzentrierten sich um die Blamierung der Gent Universität, die gewissermaßen als Vorposten des flämischen Bevölkerungsteils gilt. Schon vor einigen Monaten drohte das Kabinett an der Entscheidung über diese Frage in die Brüche zu gehen. Aber die Auseinandersetzungen über die Reparationsfrage hatten noch immer vermocht, eine Überbrückung herbeizuführen. Jetzt scheint nun der Rücktritt Theunis' und Jaspers definitiv zu sein, und es scheint, daß die belgischen Kammern bei ihrer gegenwärtigen Zusammenkunft eine Lösung der flämischen Frage überhaupt nicht finden werden. Auch die flämische Angelegenheit ist, wie viele andere nationalistische Gegenstände in den übrigen Ländern Europas ein Erbteil des Krieges. Die flämische Agitation ist feinerseit von der Obersten Heeresleitung planmäßig gefördert worden. Die Flamen waren das Mittel zum Zweck der Annexion Belgiens und auch jetzt ist der nationalistische Streit in Belgien noch stark genug, um der Regelung der Reparationsfrage fortwährend Schwierigkeiten zu bereiten.

Wie auch das neue Kabinett aussehen mag, die vorstehende Vermutung, daß ein Kabinett etwa aus Flamen und Sozialisten gebildet werden könne, hat angesichts der Sachlage wenig Wahrscheinlichkeit für sich. Sie stammt außerdem aus Paris und ist daher mit doppelter Vorsicht zu genießen. Nach anderen Meldungen soll der Präsident der Kammer, Brunet, Aussichten haben, mit der Neubildung des Kabinetts betraut zu werden. Wie aber auch die Kabinettskrisis auslaufen mag, sie wird für die weitere Entwicklung der Reparationsverhandlungen nicht ohne Bedeutung sein. Schon seit längerer Zeit stand fest, daß die belgische Regierung nicht mehr uneingeschränkt den Direktiven Poincarés folgte. Die Beziehungen zu England waren enger geworden, trotz der Aussprache, die unlängst zwischen Poincaré und Theunis in Brüssel stattgefunden hat.

Das verlassene Kabinett strebte dahin, die Gegenstände zwischen Paris und London auszugleichen. Die englische Regierung war ernsthaft bemüht, Belgien aus den Banden Poincarés loszutrennen. Noch spielt der Draht zwischen Paris und London kein Mensch in der Lage, Aufschlüsse über den gegenwärtigen Stand der Beratungen mitteilen zu können. Das heute gemeldet wird, wird morgen demontiert. England wünscht einen Waffenstillstand, während Poincaré die Kapitulation Deutschlands fordert. England wünscht eine internationalisierte Konferenz, während die französische Regierung vor einer allgemeinen Aussprache die Bedingungen formuliert wissen will. Auf diese Weise hat Poincaré Lloyd George die Bewegungsfreiheit in Genoa genommen. Jetzt sehen wir in Paris dieselben Tendenzen am Werke, so daß gegenwärtig der Ausgang der englisch-französischen Verhandlungen nicht abgesehen werden kann. Nur soviel steht fest, daß der Rücktritt der belgischen Regierung eine Verhandlungspause notwendig macht, da naturgemäß der Standpunkt der neuzubildenden Regierung für den weiteren Verlauf der Verhandlungen von entscheidender Bedeutung sein wird. Poincaré wird über die Verzögerung der Entscheidung nicht unerschrocken sein, denn er weiß, daß mit jeder weiteren Woche der passive Widerstand im Ruhrgebiet an Bedeutung verliert, während andererseits die englische Regierung bestrebt ist, dieses Faktum gegen Poincaré entsprechend auszunutzen.

Vom deutschen Standpunkt aus wäre ein Kabinett, gebildet von Flamen und Sozialisten, zweifellos wünschenswert.

Silbschweigen über die französisch-englischen Verhandlungen.

(U.) Paris, 14. Juni. Der genaue Wortlaut der englischen Note, die am Quai d'Orsay heute früh eingetroffen ist, wird ebenso wie die Antwort, die Poincaré zu geben gedenkt, geheim gehalten. Die weiteren Verhandlungen zwischen Paris und London gehen dem diplomatischen Weg unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Nach dem Tempo wird Frankreich der englischen Regierung seinerseits die Frage stellen, bis zu welchem Grade sie nach Erhalt der gewöhnlichsten Auskünfte die Verantwortung an der Ruhrbesetzung teilen und wieviel sie von ihren Forderungen an Frankreich und Italien aufrechterhalten will. Von dieser Frage hänge die Bestimmung der gesamten Reparationssumme ab.

Die Vorgeschichte der englischen Anfragen in Paris.

U. London, 15. Juni. In eingeweihten Kreisen wird erzählt: Poincaré habe dem englischen Kabinett in einem sehr energischen Töne mitteilen lassen, daß, wenn London sich den französischen Wünschen hinsichtlich des passiven Widerstandes nicht anschließen sollte, die Entente durch Frankreich als aufgespalten betrachtet würde. Die Folge einer solchen französischen Drohung sei gewesen, daß das englische Kabinett sich erneut mit der Lage befaßt habe und die Rückfragen nach Paris ausarbeitete. Bei der Spannung zwischen Paris und London handle es sich darum, ob eine Verständigung über die wirtschaftlichen und noch mehr über die politischen Absichten Frankreichs möglich ist. Die gestrige Erklärung Baldwins im Unterhause, nach der die englische Regierung nicht die Absicht habe, die französische Ruhrbesetzung zu billigen, weicht dem Kern der Schwierigkeiten aus, da Frankreich auf dem Standpunkt steht, daß England die Einstellung des passiven Widerstandes von Deutschland verlangen könne, auch ohne damit eine Billigung der französischen Haltung im Ruhrgebiet auszusprechen.

Ausweisung Hölleins.

Paris, 14. Juni. Nach Schluß des heutigen Ministerrats verfügte der Minister des Innern die Ausweisung des kommunistischen Abgeordneten Höllein.

Ein deutschnationaler Mißtrauensantrag gegen Severing abgelehnt.

Berlin, 14. Juni. In der heutigen Sitzung des preussischen Landtags wurde bei der Abstimmung über den Haushalt des Staatsministeriums ein Antrag der Sozialdemokraten und der Wirtschaftspartei auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs, der die einheitliche Abgabe der preussischen Steuern in den Vollversammlungen des Reichsrats gewährleistet mit 140 gegen 135 Stimmen angenommen. Das von dem deutschnationalen Abgeordneten beantragte Mißtrauensvotum gegen den Minister des Innern Severing wurde in namenhafter Abstimmung mit 228 gegen 64 Stimmen bei neun Stimmenthaltungen abgelehnt.

Stambulinski gefangengenommen.

Br. Sofia, 15. Juni. Laut bulgarischer Telegraphenagentur ist Stambulinski im Dorfe Solat bei Slawovija gefangen genommen worden.

Damit wäre der Umsturz in Bulgarien zu einem vorläufigen Abschluß gelangt. Ob sich die städtische Intelligenz freilich, die der Träger des Umsturzes war, für längere Zeit wird halten können, ist eine Frage für sich, da Stambulinski in den Bauernmassen einen außerordentlich starken Rückhalt hat. Bulgarien ist ein Agrarstaat und der neue Ministerpräsident Jankow wird sich lediglich auf die städtische Bevölkerung stützen können. Dazu kommt, daß die Schichten, auf die sich Jankow stützt, durchaus nicht einheitlich orientiert sind. Vor allem waren es die mazedonischen Kommunisten, die den Hauptanteil an der Aktion hatten. Sofern der neue Ministerpräsident den nationalistischen Forderungen der mazedonischen Bulgaren entspricht, wird er in ihnen eine nicht zu unterschätzende Stütze finden. Das aber müßte das neue Kabinett in schärfsten Gegensatz zu Jugoslawien, Rumänien und vor allem Griechenland bringen, so daß die außenpolitische Basis der neuen Regierung als nur sehr schmal bezeichnet werden kann. Schon meldete der Telegraph, daß zwischen den Kabinetten in Belgrad, Athen und Bukarest ein lebhafter Depeschenaustausch stattfindet. Die drei Balkankabinetts wenden sich schon im voraus gegen die außenpolitische Linie, die auf das Diktat der mazedonischen Bulgaren der neue Ministerpräsident Jankow einnehmen soll. Bei alledem dürfte mit weiteren Zusammenstößen in Bulgarien zu rechnen sein.

Ein Staatsstreich Ferdinands?

U. Prag, 14. Juni. (B. L.) Der kleine bulgarische Gesandte Daskalow, der ein sehr enger Anhänger von Stambulinski ist, hat Pressedirektoren eine Erklärung über die Lage in Bulgarien abgegeben. Er behauptete, der Umsturz in Sofia sei von dem früheren König Ferdinand mit Hilfe der alten Militärpartei, der Reserveoffiziere und der Mazedonier durchgeführt worden. Die heutigen Minister seien nur vorgeschoben. Der eigentliche Plan gehe darauf hinaus, den abgedankten König Ferdinand, der sich augenblicklich auf Schloß Koburg in Thüringen aufhält, zurückzubringen.

Der Widerstand der Anhänger Stambulinskis.

U. Belgrad, 14. Juni. Der Abgeordnete Daskalow, ein Bruder des Prager Gesandten, der 1918 als Vertreter der austro-bulgarischen Fronttruppen gegen Sofia marschierte, ist aus Sofia geflüchtet und hat den Bauerwiderstand organisiert. Der Abgeordnete Botev, der Sobranjapresident war, liegt auf der Straße von Radomir nach Sofia. Samitliche Eisenbahnbrücken in die Luft sprengen. Von Radomir aus wird Sofia durch die Eisenbahn mit Kohlen versorgt.

Vormittags 11 Uhr: 1 Dollar = 109000 M.

Gemeinsamer proletarischer Selbstschub oder Sozialdemokratischer Ordnungsdienst?

Von Rich. Lipinski.

Bei den Verhandlungen zwischen der SPD. und der KPD. über die Regierungsbildung in Sachsen spielt der Selbstschub eine wesentliche Rolle; er hat zu einem dauernden Streit zwischen den Parteien und in der eigenen Parteiorganisation geführt, der die Partei beeinträchtigt. Die Ursache dieses Streites scheint mir in der Unklarheit über das Wesen, die Aufgaben und das Ziel des Selbstschubes und darin zu liegen, daß beide Parteien grundverschiedene Absichten mit dem Selbstschub haben und ihm verschiedene Aufgaben unterstellen, aber trotz dieser inneren Verschiedenheit den gemeinsamen Aufbau erstreben. Deshalb erscheint mir eine grundsätzliche Erörterung des Selbstschubes und seiner Aufgaben dringend notwendig.

Die Aufgaben des demokratischen Staates.

Der demokratische Staat ist die bisher erreichte höchste organische Gemeinschaft des Volkes. Die Arbeiterklasse muß deshalb zu ihm sich völlig anders einstellen als zum alten Obrigkeitsstaat, denn er gibt ihr die Möglichkeit, alle Kräfte im Staate auszulösen und zur Entfaltung zu bringen und in ihm die politische Macht zu erringen. Erst die Eroberung der politischen Macht schafft der Arbeiterklasse die Voraussetzung, auch die ökonomische Macht zu erlangen, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und der Produktion herbeizuführen und endlich jede Klassenherrschaft zu beseitigen und die völlige Gleichberechtigung aller Menschen herzustellen. Im Reiche ringt die Arbeiterklasse noch um die politische Macht, in den einzelnen Ländern, wie Thüringen und Sachsen, besitzt sie die Staatsmacht. Deshalb liegt die Erhaltung des demokratischen Staates (der Republik) im ureigensten Interesse der Arbeiterklasse, ja sie muß bereit sein, ihn auch gegen die Reaktion zu verteidigen. Es fragt sich nur, welche Aufgabe hierbei dem Staat und der Arbeiterklasse zufällt.

Der Staat ist verpflichtet, dem einzelnen den freien staatsbürgerliche und wirtschaftliche Betätigung im Rahmen des bestehenden Rechts und der Verfassung zu gewährleisten. Er hat also den einzelnen und das ganze Volk vor der Beschränkung seiner Freiheit zu schützen, er muß ihm seine geistige und persönliche Freiheit sichern, er muß also auch für Ruhe, Ordnung und Sicherheit im Staate sorgen. Diese Bürgerschaft soll der Staat dem einzelnen durch die Staatsverwaltung und seine Sicherheitsorgane geben; sie wird um so wirkungsvoller sein, je reiflicher die Beamten des Staates sich auf den Boden der republikanischen Verfassung stellen und zu ihr ein inneres Verhältnis gewinnen, also als überzeugte zuverlässige Republikaner tätig sind. Zeigt sich, daß die Beamten zu keinem inneren Verhältnis zur Republik kommen, sich nur als Plaghalter für die ererbte Monarchie fühlen und nur ihre Pflicht tun, weil sie notgedrungen sie erfüllen müssen, dann müssen solche widerstrebende und passive Elemente aus dem Staatsapparat entfernt werden. Staatsverwaltung und Sicherheitsorgane müssen feste Bollwerke der Republik und ihrer Verfassung sein.

Diese Aufgabe hat die Regierung des Staates zu lösen, sie wird sie um so schneller und sicherer lösen können, wenn sie in Händen von Sozialisten liegt und hinter ihr eine kompakte Mehrheit der gelehrenden Körperschaft und der republikanischen Arbeiterklasse steht. Aufgabe der Regierung und der staatlichen Organe ist es also, in erster Linie die republikanische Staatsform zu sichern und Angriffe auf sie abzuwehren und unschädlich zu machen. Diese Aufgabe kann sie deshalb keiner privaten oder politischen Organisation überlassen, sie kann nicht dulden, daß Selbstschuborganisationen ihr die Sorge für Ruhe, Ordnung und Sicherheit im Staate abnehmen. Deshalb sind auch bisher in Sachsen alle Selbstschuborganisationen, die sich ein solches Recht anmaßen wollten, wie die Orgesch usw., von Staats wegen bekämpft und unterdrückt worden. Eine Ausnahme ist nur zulässig, wenn die staatlichen Machtmittel zu gering sind, um einen allgemeinen Umsturz abzuwehren oder örtlich nicht genügend Kräfte vorhanden sind, um unmittelbar die staatliche Macht durchzusetzen. Den Vorrang haben die staatlichen Organe, erst wenn ihre Kraft nicht ausreicht, kann private oder Organisationshilfe in Frage kommen, dies aber auch nur dann, wenn es im Einverständnis mit staatlichen Organen erfolgt. Muß schon der Staatsbürger dem einzelnen Beamten in der Not Hilfe leisten, dann kann auch der Staat in der Not die Hilfe des Volkes anrufen. In der Republik wird er dann auch auf die Arbeiterklasse rechnen können, wenn es sich um Sein oder Nichtsein der Republik handelt.

Gilt das Vorausgesagte allgemein für eine republikanische Regierung, so um so mehr für die sozialistische Regierung in Sachsen. Durch die sozialistische Regierung verkörpert, besitzt in Sachsen die Arbeiterklasse die politische Macht, denn sie beherrscht durch sie den Staat und seine Verwaltung. Die Anrufung eines Selbstschubes durch die Regierung an Stelle der